

Analyse & Debatte



Donald Trump hat den Arbeitern versprochen, der Kohle «neues Leben einzuhauchen»: Mine in Lynnville, Indiana. Foto: Luke Sharrett (Bloomberg, Getty Images)

Nach Trump die Sintflut

Der US-Präsident gibt vor, sich mit seiner Klimapolitik um seine Wähler zu kümmern. Dabei benutzt er sie nur. Und das Klima? Ist ihm egal. Von Sacha Batthyany

Donald Trump geht es um die Symbolik. Als er Mitte Woche sein Dekret unterzeichnete, mit dem er Barack Obamas Pläne zur Reduktion der Treibhausgasemissionen stoppte, lud er ein Dutzend Kohlearbeiter ein, die ihn auf der Bühne umringten. «Ich liebe diese Menschen», sagte der Präsident. Und als er jeden einzelnen von ihnen mit festem Händedruck begrüßte, war es, als würde er allen Arbeitern in diesem Land die Hand reichen, kräftige Burschen aus ländlichen Gegenden, gute Amerikaner in dreckverspritzten Pick-ups. Sie sind Trumps politisches Rückgrat, und das weiss er.

Trump's Inszenierung erinnerte an die Kämpfe der Tabakindustrie, die Welt im Glauben zu lassen, dass ein Päckchen Zigaretten pro Tag keine gesundheitlichen Schäden verursacht. Tatsache ist, dass 97 Prozent der Wissenschaftler vor den Folgen des Klimawandels warnen. Die Nasa bezeichnete Kohlendioxid als «Haupttreiber» der Erderwärmung. Gemäss Experten ist Trumps Behauptung, sein Vorgänger Obama habe mit seiner Klimapolitik für Massenentlassungen im Energiesektor gesorgt, ebenso falsch wie Trumps Versprechen, er werde für eine Renaissance der Kohleindustrie sorgen.

Auf dem Rücken der Kohlekumpel

Die Nachfrage nach Kohle sinkt seit Jahren, das zeigt jede Statistik. Erdgas ist billiger und sauberer. Und auch wenn Trump dafür sorgen kann, dass einige der Kohlekraftwerke nicht schliessen müssen, werden kaum neue Kohlekumpel angelegt, da heutzutage viele der ehemals manuellen Jobs von Maschinen ausgeführt werden.

Das Bild der russverschmierten Arbeiter, das Trump in den Köpfen der Menschen kreieren will, um damit an die gute alte Zeit zu erinnern, täuscht. Denn in Wahrheit herrscht Schicht im Schacht. Er nimmt die Täuschung in Kauf, um an die Wähler zu gelangen. Er trägt seine Klimapolitik auf dem Rücken der Kohlekumpel aus, die in ihren Latzhosen Mitte Woche etwas verdutzt in die Kameras blickten. Trump gibt vor, sich um sie zu kümmern. Stattdessen benutzt er sie für seine Zwecke.

Den Klimawandel aber zu leugnen, ist eine Position, die auf lange Sicht hinaus wenig Erfolg verspricht. Ein Problem verschwindet nicht, nur weil man wegsieht. Das musste auch die

milliardenschwere Tabakindustrie erfahren, die heute Bilder von Kehlkopfkrebs auf ihre Päckchen kleben muss.

Noch aber steht das Kartenhaus, an dem die Republikaner so verbissen festhalten. In keinem anderen Land der Welt ist eine Partei an der Macht, die den Klimawandel derart infrage stellt, deren Führer die Erderwärmung mal als «Scherz», mal als «Erfindung der Chinesen» bezeichnet.

Es ist ja nicht nur Donald Trump. Das «Who is Who» der Klimaverweigerer unter den Konservativen ist lang und schillernd: Scott Pruitt, immerhin Direktor der Umweltbehörde, behauptete im März, der Kohlendioxidausstoss sei nicht die Hauptursache der Erderwärmung. Mike Pence, Vizepräsident, sagte 2014 im Fernsehen: «Alle sprechen vom Temperaturanstieg. Aber so warm war es in jüngster Zeit nun auch wieder nicht.» Und Lamar Smith, Abgeordneter aus Texas und Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Technologie. Für Smith, einen Juristen, führen «verschiedene Faktoren zur Veränderung des Klimas», dazu gehörten die Sonnenaktivität, natürliche Zyklen und menschliches Handeln. «Was Klima-Alarmisten allerdings behaupten», so Smith, sei «oft gelogen und völlig übertrieben».

Im Unterschied zur republikanischen Partei sind die Zweifel am Klimawandel in der amerikanischen Bevölkerung weniger verbreitet. Gemäss einer Studie der Yale-Universität glauben immerhin 70 Prozent der Befragten daran, dass

In der Klimapolitik wird Trumps Populismus deutlich.



Sacha Batthyany
Korrespondent USA

künftige Generationen unter den Folgen der Erderwärmung leiden werden. Nirgends aber ist der prozentuale Anteil an Klimälugnern so hoch wie unter der Kuppel des US-Capitols, sagen Experten, weil viele nach der millionenschweren Pfeife der Ölindustrie tanzen.

Ob Präsident Trumps Skepsis von der Öllobby genährt wird, ist allerdings fraglich. Es ist nicht mal sicher, ob er tatsächlich an seine Worte glaubt, der Kohle «neues Leben einzuhauchen». Trump geht es um die Stimmen. Was mit dem Klima passiert, scheint für den Präsidenten Nebensache. Nach ihm die Sintflut. Trump hat erkannt, dass die Demokraten - und allgemein die Linken auch in Europa - in ihren Versuchen, alle möglichen Minderheiten anzusprechen, eine Gruppe von Menschen vergessen: die Arbeiter.

Umweltschutz gewinnt keine Wahlen

Und vielleicht stimmt es ja, was in diesem Land alle Menschen sagen, die ausserhalb der grossen Städte leben: dass Obama sich mehr um eine Handvoll Transgender-Menschen gekümmert habe, die mit ihrer Geschlechtsidentifikation hadern, als um die Kohlekumpel und perspektivlosen Stahlgieser in Ohio, die Trump die Wahl sicherten.

Donald Trump verpasst in seinen Auftritten keinen Moment, sich an sie zu wenden, und - als hätte er Richard Sennetts Buch «Lob des Handwerks» verschlungen - die körperliche Tätigkeit zu preisen. In Amerika gewinnt man Wahlen mit der Aussicht auf neue Jobs - und mit Umweltschutz keinen Blechtopf. Die Grüne Partei ist inexistent.

Doch in Trumps Klimapolitik wird sein Populismus am deutlichsten. Und so wird es ihn vielleicht gar nicht stören, wenn sein Dekret von Mitte Woche an Gerichtsurteilen und Blockaden der Demokraten hängen bleibt, wie es nun überall heisst. Seinen Wählern kann er sagen, er habe alles versucht, sei aber im Politsumpf Washingtons stecken geblieben, den er doch eigentlich austrocknen wollte.

Falls seine Anhänger allerdings merken, dass Trump seine Versprechen nicht halten kann und etwa die Renaissance der Kohle gar nicht eintritt, verliert er seinen letzten Rückhalt. Trump bewegt sich, um im Klimajargon zu bleiben, auf dünnem Eis.

Gastbeitrag Die Hungerkrise erfordert langfristig angelegte Massnahmen. Von Geert van Dok

Auswege statt Ohnmacht

Wieder einmal sieht sich die Welt einer gewaltigen Hungerkatastrophe gegenüber. Allein im Südsudan, in Somalia, im Jemen und in Nigeria sind derzeit etwa 20 Millionen Menschen akut bedroht. Doch das betroffene Hinschauen der Weltöffentlichkeit genügt nicht. Und Lebensmittelverteilen rettet kurzfristig zwar Leben, bringt aber keine dauerhafte Verbesserung. Was tun? Es gibt einen Ausweg aus der Krise, doch dieser ist steinig.

Wer versucht, hinter den dramatischen Bildern hungernder Kinder nach Ursachen zu forschen und Antworten zu finden, den überfällt bald einmal die Ohnmacht: Wo und wie ansetzen? Isolierte Schuldzuweisungen - korrupte einheimische Eliten, rücksichtlose internationale Konzerne, Bürgerkriege und Kriegsgewinnler, klimawandelbedingte Dürren, Folge der kolonialen Vergangenheit - sind verlockend, greifen aber zu kurz. Falsch sind sie alle nicht, aber einzeln betrachtet, helfen sie nicht weiter.

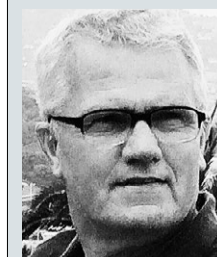
Die Hungerkrise ist nicht nur «hausgemacht» oder «fremdbestimmt». Vielmehr verknüpfen sich hier globale und lokale Faktoren zu einem komplexen Problembündel. Langfristige Ansätze gibt es, zum Beispiel: gegen Land-Grabbing vorgehen (internationale Investoren eignen sich fruchtbares Land für die exportorientierte Agrarindustrie an), Rohstoffe fair nutzen und handeln (Einkommen aus der Rohstoff-Ausbeutung fliessen in die Taschen weniger), Friedensbemühungen und gute Regierungsführung unterstützen (anhaltende Gewaltkonflikte verhindern eine Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung).

Einfache Lösungsansätze liegen vor

Es gibt auch konkrete Schritte, die das Risiko von Hungerkrisen mindern. Einfache Vorsorgemassnahmen helfen, gegen die immer länger anhaltenden Trockenheitsperioden anzukommen und den verheerenden Ernteaussfällen entgegenzuwirken. Entwicklungsorganisationen wie Helvetas praktizieren dies bereits: das Anlegen von Getreidevorratslagern für Dürreperioden, die Nutzung trockenresistenter Getreidesorten, die Förderung und Sicherung der Viehzucht sowie die Terrassierung von Hanglagen, welche die Erosion stoppt, die Wassereinsickerung und damit den Grundwasserspiegel erhöht und zu neuen Quellen führt. Solche erprobte Wege helfen zu verhindern, dass arme Menschen sich wegen ausfallender Ernterträge und drohender Hungersnot gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen.

Es sind die Armut und systematische Ausgrenzung benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den «am wenigsten entwickelten Ländern» Afrikas, die einer erfolgreichen Anpassung an die unweigerlichen Veränderungen im Wege stehen. Dies zu überwinden, ist der erste und wichtigste Schritt, damit die betroffene Bevölkerung mit den Folgen der Klimaerwärmung umgehen, die Auswirkungen von Katastrophen mindern und Krisensituationen selbstständig überwinden kann. Zwar bringen diese Massnahmen für die Lösung der akuten Hungerkrise zunächst nicht viel - mittel- und langfristig aber ist das Umschwenken auf eine nachhaltige (ländliche) Entwicklung mit kleinräumiger Landwirtschaft unumgänglich.

Auf dem steinigem Weg aus der Hungerkrise liegt ein neues wirkungsvolles Instrument vor: 2015 haben die UNO-Staaten inklusive der Schweiz die «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» verabschiedet. Mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung verknüpft die Agenda Themen wie Frieden, Menschenwürde, nachhaltige Landwirtschaft, sauberes Wasser, Klimawandel und speziell auch die Beendigung von Armut und Hunger zu einem Ganzen. Eine konsequente Umsetzung dieser Agenda ersetzt nicht die Nothilfe, die jetzt gefordert ist, eröffnet den von der Hungerkrise betroffenen Gesellschaften und Ländern aber langfristige Entwicklungsperspektiven.



Geert van Dok
Experte für Entwicklungspolitik,
Helvetas Swiss Intercooperation